

Die Freiheit erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen um morgens ...

Interests sollen die achtzehnjährige ...

# STREIFER

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# München eingenommen.

## Vom bayerischen Kriegsschauplatz.

Das gewaltige Aufgebot an preussischen, württembergischen und bayerischen Truppen, durch das die lückenlose Umschließung Münchens durchgeführt wurde, hat nach manchen blutigen Kämpfen bei der Einnahme kleinerer Ortschaften in der Umgebung von München am Tage der Mairfeier zu der Einnahme von München geführt. Während die untenstehende Meldung aus Stuttgart darüber schweigt, ob die Einnahme unter Kämpfen vor sich ging und Verluste an Menschenleben zu beklagen sind, weiß eine Wiener Meldung von heftigen noch andauernden Straßenkämpfen zu berichten.

Wenn die Wiener Meldung richtig ist — bis zur Stunde liegen genaue Nachrichten nicht vor —, so hat die Regierung Hoffmann die Schuld an dem vergossenen Blut auf sich geladen. Denn noch in letzter Stunde ist ihr durch die Neubildung des Aktionsausschusses und die von ihm angebotenen Verhandlungen die Möglichkeit gegeben worden, das Blutvergießen zu vermeiden. Aber gegen die Weisung, die der Oberbefehlshaber der Truppen vor einigen Tagen ausgegeben hat, hat die Regierung jegliche Verhandlungen abgelehnt. Diese Haltung der Regierung Hoffmann steht ganz im Einklang mit ihrem sonstigen Verhalten gegen München. Sie hat neulich lebhaft gegen die Behauptung protestiert, daß sie der Münchener Bevölkerung die Lebensmittel- und Kohlenzufuhr unterbinden wolle, aber wie jetzt ein Funkpruch der Münchener Regierung mitteilt — der der deutschen Öffentlichkeit bezeichnenderweise von den amtlichen Stellen untergeschlagen worden ist —, hat die Regierung Hoffmann die Anordnung getroffen, daß Lebensmittel, besonders Milch, nicht nach München befördert werden dürfen. Die überlegenen militärischen Nachmittels haben — woran ja nie ein Zweifel bestand — den Sieg der „Weißen Garden“ herbeigeführt. Noch steht nicht fest, mit welchen Opfern an Menschenleben dieser Sieg erkauft worden ist, aber die Ankündigung des Generalmajors Haas, daß er die Gegner der Regierung nicht als kriegsführende Macht anerkenne, erspäht ebensowenig Hoffnung auf Vermeidung des Blutvergießens wie die Erfahrungen, die anderwärts mit den Weißen Garden gemacht worden sind.

### München eingenommen.

Stuttgart, 1. Mai.

Bei der Staatsregierung sind folgende Funkprüche aus München ein: Heute abend ist als erste Regimentsgruppe die Volkswehrkompanie Regensburg unter Führung von Leutnant Sacamüller unter Kampf in München eingenommen. Die Residenz ist besetzt.

Wien, 1. Mai. (Correspondenz.)

In Stuttgart ging vom kaiserlichen Hauptquartier in München telephonisch folgende Meldung ein: Heute vormittag marschieren die Truppen der Regierung Hoffmann in München unter heftigen Kämpfen ein. Die Straßenkämpfe dauern noch an, es ist aber anzunehmen, daß sie bis abends beendet sein werden. Die bewaffneten Arbeiter legen die Waffen und die roten Armbänder ab. Die Truppen sind unter unbeschreiblichem Jubel eingezo-gen.

### Verhandlungen angeboten und abgelehnt.

Bamberg, 1. Mai.

Ein am 30. April abends aufgenommener Funkpruch aus München lautet:

Neuer Aktionsausschuß zusammengesetzt. Wunsch in Besprechungen einzutreten. Stelle Verhandlungen umgehend ein! Wir stellen dieselben ein, wenn Truppen der Regierung Hoffmann das Reichsbild der Stadt nicht betreten, da der Aktionsausschuß keine Garantie übernehmen kann, daß der Einmarsch nicht zu einem blutigen Straßenkampf wird.

Die Antwort der Regierung Hoffmann lautete darauf: Bedingungen unannehmbar. Legt Waffen nieder! Jeder Widerstand ist auslos. Regierung Hoffmann.

### Blutige Zusammenstöße in Schwelnfurt.

Bamberg, 30. April.

In Schwelnfurt ist es heute morgen beim Einschneiden von Regimentsgruppen zu einem Zusammenstoß zwischen

diesen und revolutionären Arbeitern gekommen, wobei mehrere Tote am Platze blieben. Größere Umzügen werden nicht erwartet. Näheres ist noch nicht bekannt.

## Ein Friedensangebot Ungarns.

Wien, 1. Mai (Correspondenz.)

Ein Funkpruch aus Budapest besagt: Der Volkskommissar für Außenere Bela Kun sandte an alle Arbeiter der Welt einen Funkpruch, in dem er mitteilt, daß er heute der tschecho-slowakischen, der serbisch-russischen und der rumänischen Regierung eine Note gesandt habe, in der er namens der ungarischen Räteregierung erklärt, daß sie alle territorialen und nationalen Ansprüche der genannten Regierungen anerkennt, daß sie die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und die Nichteinmischung in die inneren ungarischen Angelegenheiten, ferner den Transverkehr und den Abschluß von Wirtschaftsverträgen fordere. Wenn die genannten Regierungen es mit den bisherigen Versicherungen ernst nähmen, kann zwischen ihnen und Ungarn der Friedenszustand von dieser Stunde an hergestellt werden.

Bern, 1. Mai.

Nach Informationen der Neuen Zürcher Zeitung sollen mit Bela Kun Verhandlungen angeknüpft sein, ob er durch friedliches Entgegenkommen die Bildung dieser Regierung erleichtern und damit Blutvergießen verhindern wolle. Die Entente habe einer solchen Regierung die Versorgung mit Rohstoffen, Lebensmitteln und Finanzmitteln sowie Entgegenkommen bei der Regelung der territorialen Fragen auf der Friedenskonferenz zugesagt.

## Täuschung und Lüge.

Amsterdam, 1. Mai.

Die Delegierten der deutschen Rechtssozialisten Hermann Müller und Wels, die nicht rechtzeitig zur Amsterdamer Internationalen Sozialistenkonferenz eingetroffen sind, haben in einer Mitteilung an die Presse erklärt, daß die deutsche Republik entgegen den Behauptungen der Presse an den Angriffen auf Lettland nicht teilgenommen, sondern im Gegenteil dieses Vorgehen aufs schärfste verurteilt habe. Sie haben dem Vorschlag zugestimmt, nach Deutschland eine Kommission zur Prüfung dieser Frage zu schicken. Sie werden unterzüglich eine Erklärung über die von der Konferenz angenommenen Entschlüsse veröffentlichen.

Die Herren Müller und Wels behaupten hier Dinge, die mit den Tatsachen in krassem Widerspruch stehen. Von einer Verurteilung des Staatsstreiches in Lettland haben wir bisher noch nichts bemerkt. Weder die Regierung noch die Presse haben den reaktionären Putsch der baltischen Barone zurückgewiesen, sondern ihn im Gegenteil nach Kräften unterstützt.

Jetzt, nachdem die ganze Affäre zu einer internationalen Blamage geführt hat, möchten die Herren Rechtssozialisten die Spuren verwischen. Sie sind aber hierbei ebenso talentvoll wie bei der Verteidigung der deutschen Kriegspolitik und der Haltung Deutschlands bei Ausbruch des Weltkrieges. Selbst im „Vorwärts“ ist am 30. April in einer Zuschrift eines Offiziers aus Vibau festgestellt worden, daß die baltische Landeswehr und die baltischen Barone den Sturz der lettlandischen Regierung nur deshalb unternehmen konnten, weil sie sich auf das deutsche Souveränement in Vibau stützten. Durch den Umsturz in Vibau sei mit deutscher Hilfe eine Minderheit wieder zur Herrschaft gekommen, während die Mehrheit nach wie vor in Abhängigkeit gehalten werde.

Diese Einsicht kam dem „Vorwärts“ allerdings erst nach der Note der Entente, die die Wiederherstellung der vor dem Staatsstreich bestehenden Zustände in Lettland verlangte. Die Herren Müller und Wels jedoch sehen nach wie vor ihre betrügerische Verteidigungskampagne für die baltischen Staatsstreicher fort.

## Kiautschou fällt an Japan.

Paris, 30. April (Reuters.)

Der Rat der Drei beschloß, daß im Friedensvertrag Japan Kiautschou zugesprochen wird. Japan wird unter den Bedingungen Kiautschou an China zurückgeben. Es wird der chinesischen und japanischen Regierung überlassen, sich über die Einzelheiten zu verständigen.

## Mairfeier der Revolution.

Die Mairfeier in Berlin hat gezeigt, daß in den Massen des werktätigen Volkes das tiefe Bedürfnis lebt, auf der Bahn der Revolution nicht stehen zu bleiben, sondern vorwärts zu schreiten auf diesem Wege und die menschheitsbefreienden Ziele des Sozialismus zum Siege zu führen. Das Empfinden der Massen kam weniger in stürmischen Kundgebungen zur Geltung, als in dem tiefen Ernst, vom dem die Teilnehmer der gestrigen Kundgebungen durchdrungen waren. Man wüßte, daß die Hunderttausende Arbeiter und Arbeiterinnen, die gestern an den Versammlungen, Umzügen, Demonstrationen und Feiern teilnahmen, sich über den erbitternden, verwüstenden Tageskampf hinwegsetzen wollten, um sich am Weltfeiertage des Proletariats zusammenzufinden als einheitliche Klasse, die der Welt ihren unbeugsamen Willen verkündet, die Vorboten des Sozialismus zur Wirklichkeit zu machen. Noch nie hat Berlin eine so imposante Feier wie die gestrige gesehen. Zwar fehlte der äußere Prunk, zwar waren Verkehrs-schwierigkeiten und sonstige Unbequemlichkeiten zu überwinden, aber dennoch spürte man es, daß hier das werktätige Volk Berlins keine engbegrenzte „nationale“ Feier beging, sondern tief durchdrungen war von dem Empfinden, an einer sozialen Feier im internationalen Maßstabe teilzunehmen. Keine Kategorie der Arbeitenden hat es sich nehmen lassen wollen, an diesem Weltfeiertage des Proletariats mitzufeiern. Das verließ dem Tage außerlich einen etwas puritanischen Charakter. Was dadurch verloren ging, wurde um das Vielfache ersetzt durch den tiefen sittlichen Ernst, durch die gehobene Stimmung, die gestern die Reichshauptstadt erfüllten.

In den gewaltigen Versammlungen auf öffentlichen Plätzen, wie bei allen übrigen Veranstaltungen demonstrierte das Volk Berlins für den Völkerrfrieden, für die Völkerrbefreiung, für die Verwirklichung der sozialistischen Ziele der Arbeiterklasse. Wohl jeder hatte das Empfinden, daß das revolutionäre Proletariat Deutschlands noch recht weit von diesen Zielen entfernt ist. Viele der bisherigen Errungenschaften sind vernichtet, verfälscht oder preisgegeben worden. Wir haben noch nicht den Frieden und nicht die Befreiung und sehen keine ersten Ansätze in der Richtung der Verwirklichung des Sozialismus. Die Mächte der Vergangenheit geben sich nicht besiegt, sondern sammeln mit wiederhafter Eile ihre Kräfte, um die alten Machtpositionen wieder zu beziehen. Schwere Kämpfe stehen noch bevor, ehe die Errungenschaften der November-Revolution wirklich gesichert und fest verankert sind. Diese Empfindungen besetzten all die ungeschulten Massen, die gestern demonstrierten. Sie steigerten ihren Ernst und liehen keine lärmende Freude aufkommen. Aber zugleich steigerte diese Stimmung das Bewußtsein, daß das Proletariat kampfbereit und geschloffen sein muß, um auf dem einmal eingeschlagenen Wege vorwärts zu schreiten. Kampfesmut besetzte die vielen Tausende, denen es ernst ist mit der Revolution und dem Sozialismus. Noch Einheitlichkeit und Geschlossenheit brängten die Massen, die sich gestern zusammensanden bei der Feier des 1. Mai.

Dank der unseligen Spaltung der Arbeiterbewegung, die vertieft wird durch eine unfähige, unsozialistische Regierungspolitik, wurde die gestrige Mairfeier von den verschiedenen sozialistischen Parteien in gesonderten Veranstaltungen begangen. Nur in einzelnen nördlichen Vororten feierten die Unabhängigen und Rechtssozialisten zusammen, während in den westlichen Vororten die Unabhängigen mit den Kommunisten eine gemeinsame Massenkundgebung veranstalteten. Sämtliche Berichte stimmen aber darin überein, daß bei den Massen der Teilnehmer nichts stärker in die Erscheinung trat als der Wunsch nach Ueberwindung dieser Zerissenheit und nach Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte zur einheitlichen revolutionären Tat.

Diese Empfindung kam namentlich darin zum Ausdruck, daß die Mehrheit des Berliner Proletariats spontan zu den Kundgebungen unserer Partei hindrängte, die die Sammlung des revolutionären Proletariats unter ehrlicher, mutiger sozialistischer Führung auf ihr Banner geschrieben hat.

Einige Worte erfordern noch die festlichen Veranstaltungen, die am Abend stattfanden. Fast durchweg standen sie mit ihren künstlerischen Leistungen vollkommen auf der

**Die Aufnahme, die diese Leistungen bei den Anwesenden fanden, erbrachte erneut den Beweis, daß die sozialistische Arbeiterklasse Berlins ernste Stimmgeber zu würdigen versteht, als das letzte zahlungsfähige Publikum, das das Monopol der Bildung für sich in Anspruch nimmt. Alle, die angesichts der herausragenden „roten Kunst“ um die Erzeugnisse der Kultur besorgt sind, konnten sich gestern überzeugen, daß die wahre Kultur nirgends einen besseren Ort findet, als bei dem zu allen Dingen bereitwilligen, revolutionären Proletariat.**

### Maifeier in Berlin, Westliche Vororte.

In Charlottenburg, Wilmersdorf und Schöneberg hatten U. S. P. D., K. P. und freie Jugend die gemeinsame Abhaltung der Maifeier beschlossen. Gegen 10 Uhr bewegten sich die Märsche nach dem Wittenbergplatz. Die Schöneberger Genossen — darunter eine riesige Schar von Strafahnhangeghellen — kamen mit Musik und roten Fahnen in dem hellen Morgenlicht, etwas später die Wilmersdorfer und Charlottenburger Genossen, besonders der Charlottenburger Jung war sehr eindrucksvoll. Voraus zöhrliche Kriegsbeschädigte, Inoffen der verschiedenen Charlottenburger Lager, eine Humme, aber desto eindringlichere Auflage gegen den Kriegswahnsinn. So zogen sie den Kurfürstendamms heraus, den Kriegsgewinnern und An-negionspolitikern wachlich keine Augenweide. Dahinter kam die Jugend und die zahlreichste Masse der Genossen und Genossinnen mit vielen roten Fahnen und Schildern.

Am drei Tribünen hielten sich die Redner, um den Reden zu lauschen. Es sprachen die Genossen Einstejn, Rabald, Stöhringer und Löwenstein. Alle Redner betonten, daß dieser 1. Mai kein Tag der Freude, sondern ein Tag der Trauer sei. Der Trauer über den Verlust der Erzeugnisse der Revolution, der Trauer über die toten Kämpfer und die Opfer in den Gefängnissen. Einstejn sagte, wir werden nicht ruhen, bis die Diktatur des Proletariats aufgestellt ist. Er nahm den Anwesenden das Gelübde ab, zu arbeiten und nicht zu erlahmen, bis das Unwilde und Unrecht ein freier Mensch erkannt sei. Rabald führte aus, daß diese Demonstration der Bourgeoisie des Berliner Westens zeige, daß die revolutionäre Arbeiterschaft Deutschlands noch nicht tot ist. Der 1. Mai soll kein Jahrmärkt-drummel werden, er ist ein Kind des Kampfes des revolutionären Proletariats und soll es auch bleiben. Er wandte sich in scharfen Worten von offener Zustimmung unterbrochen, gegen den neuer-kindenden Militarismus, der wieder lebendig auf seinem blut-befleckten Weg marschiert.

Für die Kriegsbeschädigten sprach Meißner, der die Versammel-ten zur Unterstützung der Forderungen der Kriegsbeschädigten auf-forderte. Für die freie Jugend sprach in begeisterten Worten Felix Koch. Dann ergriß auch noch Arthur Gottlicher das Wort. Er sprach nicht als Parteimitglied, sondern aus tiefer Teilnahme für die Toten der Revolution und für die Opfer, die in den Gefängnissen hungern schmachten. Vielfache Hinweise auf den internationalen Sozialismus durchdrangen die Luft, als die Redner geredet hatten. Diese gemächliche Demonstration des „freien“ Berliner Westens hat deutlich gezeigt, wo die Massen liegen.

Am Abend hatte die Wilmersdorfer Parteioffiziation in den Prachtstücken des Bekens eine künstlerisch abgerundete Maifeier veranstaltet, die so stark besucht war, daß viele wieder umkehren mußten. Vertrieb Esfeldt vom Deutschen Theater sprach besonders hinreichend Paul Whitmans „Pioniere“ und Gerwig's „Bundeslied“, das Scherbenquartett brachte ein Streichquartett von Beethoven und eine entzückende Serenade von Haydn zu Gehör, der Berliner Volkschor unter Leitung Dr. Banders sang frisch und voll schön alte Volkslieder. Genosse Gasse hielt die Er knüpfte an den Pariser Kontrakt von 1889 an, der die Maifeier beilegte als Symbol der Volksverbrüderung, dem er auch dadurch Ausdruck gab, daß er Wilhelm Liebknecht und Vollant zu Vorkämpfern wählte. Er erinnerte weiter an die Voller Zusammenkunft der Internationalen 1913, wo der Weltkrieg drohte, die Fuzien des Weltkrieges zu entziffern. Noch waren wir nicht stark genug, den Krieg zu verhindern, aber darüber war man sich klar, daß dem Weltkrieg die Weltrevolution folge. Und so ist es gekommen, die Weltrevolution wird auch die anderen Länder ergreifen. Sie läßt sich nicht mit Konzessionen nicht hintanhalten. Die Sozialisierung ist uns nur Mittel zum Zweck. Das letzte ist, alle zu Menschen zu machen. Wir wollen die Welt des Sozialismus aufrichten, der Völkerverbrüderung und Völkerverbrüderung.

### Friedenau-Steig.

Die Genossen von Friedenau und Steig veranstalteten eine gemeinsame Kassenversammlung im Wagenhof des Friedenauer Rathauses. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt, wohl über 1000 Personen nahmen an der Feier teil. Das Referat hatte Genosse Stein; vor und nach dem Referat trugen die Genossen vom Gesangsverein Tereographia einige Lieder vor. Nach Schluß der Versammlung zogen die Versammelten, denen sich zahlreiche Personen anschlossen, nach Steig, wo auf dem Düppel-Platz noch eine kurze Ansprache gehalten wurde.

### Im Friedrichshain.

Der 4. Kreis der U. S. P. D. besang seine Maifeier auf dem großen Spielplatz im Friedrichshain. Schon lange vor Beginn der Feier strömten aus allen Teilen des Nordens und Nordostens viele Tausende in geschlossenen Märschen, die sich in den einzelnen Bezirkslokalen versammelt hatten, unter Vorantrugung von roten Fahnen und unter Abklingung der Arbeitermarxellie zum Friedrichshain. Vielfach wurden in diesen Märschen auch große Scharen von Schülern bemerkt, die in ihrer Bekleidung rote Fahnen schwenkten und die revolutionären Lieder mitsangen.

Im Friedrichshain auf dem großen Spielplatz waren zu Beginn der Feier ca. 15- bis 2000 Personen versammelt. Auf drei Holzpodesten, die mit rotem Tuch und Tannenzweigen geschmückt waren, standen die provisorischen Rednertribünen. Im Hintergrunde wuchsen die revolutionären Fahnen der Arbeiterklasse mit der Aufschrift: „Für den Völkereid“. Kleine Mädchen in hellen Kleidern, weiße Blumen in den aufgelösten Haaren, roten Schärpen, sowie rote Kleinen im Gürtel, ließen die Banner der Arbeiterjugend lustig die Tribünen umflattern. Gleich hinter den Kindern, die in ihren hellen Kleidern eine recht freundliche, belebende Note in das Bild brachten, baute der Internationale Bund der Kriegsbeschädigten Kuriosität gefunden, und hinter diesem wieder fanden in kaum übersehbarer Höhe, dicht gedrängt, Kopf an Kopf, die Scharen der U. S. P. D. Maifeier.

Die Feier leitete das von 600 Mitgliedern des Freien Arbeiterjugend-Bundes vorgetragene Lied „Frühlingstürme“ ein. Hieran folgten von drei Stellen zugleich die Redner zu kurzen Ansprachen das Wort. Mit beherzten Worten bearbeiteten sie den 1. Mai als den Weltfeiertag. Ein gewaltiger Druck lastete noch auf der Menschheit. Aber die neue Freiheit, die schon wieder von der Regierung in Ketten geschmachtet zu werden drohe, müsse unbedingt erhalten bleiben. Die Redner erhoben energisch Protest gegen die Willkürherrschaft der jetzigen Regierung und ihren Dienern gegenüber dem Kapitalismus. Nur durch wirtschaftliche Freiheit werde politische Freiheit erreicht werden. Die Redner lobten Protest ein, daß die Regierung immer noch russische Gefangene hinter Desobedienz schmachten lasse, um ihre Arbeitskraft auszunutzen zu können. Mit der Aufforderung an das Proletariat, nicht zu verzweifeln, sondern den russischen und ungarischen Genossen nachzugehen und wie sie alle Fesseln abzu-brechen, schloffen die Redner.

Eine Entschließung, die gegen die Gewalt und Willkür der Regierung, gegen die Konjolidierung der Freiwilligenverbände

und gegen die Verschönerung des Sozialismus an das Kapital stammenden Proletat einlegte, fand einstimmige Annahme. Mit einem Hoch auf die völkerverbindende und verbindende Internationale löste sich die Versammlung auf, und die Teilnehmer begaben sich wieder in geschlossenen Märschen zu ihren Bezirkslokalen.

### Im Humboldthain.

Schon um 10 Uhr bewegten sich hunderte von feiernden Arbeitern, Frauen und Kindern durch den im ersten schlichten Grün prangenden Humboldthain, um in der zu 11 Uhr ange-setzten Massenversammlung noch einen Platz zu erwischen. Aber Ordner sorgten dafür, daß der eingetragene Spielplatz nicht vor 11 Uhr betreten wurde, und so ergingen sich die immer mehr anschwellenden Massen in der die Luft allmählich erwärmenden Passonne gleich einem bunten Rausch um den großen Platz, mit Spannung der ersten Demonstration harrend. Es handelte sich hier um diejenigen Proletariatsmassen, die sich wohl instinktiv zur unabhängigen Sozialdemokratie hingezogen fühlen, die aber den Weg zur politischen Organisation noch nicht gefunden haben.

Die Kerntruppe der revolutionären Arbeiterschaft hatten sich unterdes in ihren Bezirkslokalen versammelt, von wo aus sie unter Vorantrug von roten Fahnen und Schildern mit Hymnen, auf die Bedeutung des Tages hinweisenden Sprüchen sich zu gewaltigen Demonstrationen formierten und auf keinen Umwegen kreuzförmig dem Humboldthain zukehrten. Voran schritten die blumengeschmückten und Plummengewinde tragenden Kinder, man sah es den leuchtenden Augen dieser Träger einer glücklicheren Zukunft an, daß sie sich der Bedeutung des Tages bewußt waren. Ihnen folgten in langen Reihen die Frauen und dann die Männer.

Als Punkt 11 Uhr die vereinigte Sängerschöre des Nordens unter Leitung ihres Dirigenten Ruz mit dem Gesang des Festliedes „Arbeits Tag“ die Feier eröffneten, strömten noch immer Tausende der Festwiese zu, ohne jedoch Platz zu finden, so daß während der Feier auch auf den anliegenden Wegen des Parks die Massen mit roten Fahnen auf und ab wogten. Nach dem die letzten Töne des zweiten 2. des „Frühlingstürme“ ver-klungen waren, ergrißen von zwei Rednertribünen zugleich die Genossen Berger und Uhl das Wort, um in kurzen, aber wichtigen Ansprachen die Bedeutung unserer ersten Mai dar-zulegen. Das Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Kurt Eisner oder Georg Ledebour nicht heute auf der Rednertribüne stehen, ist ein Zeichen, daß die Revolution immer noch triumphiert. Statt dessen feiern zu gleicher Zeit die Kosle-gardisten den Sieg über die revolutionären Arbeiter Vornarr!

Die Versammelten gelobten, mit den Soldaten Klassen die Gemeindefeinde mehr zu pflegen; sie gelobten, die unerschütterte Macht des Kapitalis zu zerschüttern, damit mit dem Aufbau be-gonnen werden könne; sie gelobten, zu diesem Zwecke einig zu sein mit dem gesamten Proletariat auf der Grundlage des revolutionären Sozialismus. Ein imposantes Bild bot der An-blick der Tausende von Köpfen, die wie zum Teufelschwur zum Himmel ragten, als nach dem Festreden von beiden Tribünen gleichzeitig über das Manifest der Berliner revolutionären Arbeiterschaft an das gesamte internationale Proletariat ab-gestimmt wurde. Den Schluß der eindrucksvollen Kundgebung bildete der Gesang des Liedes „Ich werde sein“. Um 12 Uhr lösten sich die Massen in losen Märschen wieder in Bewegung, um unter Vorantritt von Sängerschören mit Frühlingst- und Freiheitsliedern den Wohnbezirken zuzutreiben.

### Im Treptower Park.

Um 10 Uhr begannen die Genossen mit ihrem Amarsch. Zu-nächst erst kleinere Vereine: ein Arbeiterwanderbund, dem ein Gesangsverein mit festem Text und schmetterndem Reigen sang folgte. Dann kommt der Orchesterverein Treptow-Baum-schule mit einem herrlichen Banner und zahlreichen roten Fahnen, die von Kindern an der Spitze des Bundes getragen werden. Aus darauf löst man singende Kinderstimmen: die Ge-nossinnen und Genossen des dritten Kreises erscheinen in einem langen Zuge, vorn die Kinder, dann die Frauen und am Schluß die Männer. Viel rote Fahnen und Plakate mit passenden Sinsprüchen wurden mitgeführt. Die Straßener Ge-nossen marschierten mit Musik heran. Auch diesem Zuge gehen geschmückte und Hähneln tragende Kinder voran.

Die Genossen Aufhäuser, Brühl, Kalzahn und Sabat feiern den Maidgedanken. Komu haben die Redner be-gonnen, erhebt in nächster Höhe über der Wiese ein Flugzeug, umkreist sie einige Male und wirft dabei Zettel herab. Wir denken erst, daß die Regierung wieder für sich arbeiten läßt nach dem berühmten Muster: Die Sozialisierung marschieren; erfahren aber dann später, daß ein Noobiter eines diesen nicht mehr un-gewöhnlichen Weg benutzt, um für einen riesigen Kellern zu machen. Wir müssen diesen großen Unfug anfangen, denn erstens übertrönte das Surren des Motors die Stimmen der Redner und dann wurden viele Kinder, die den heraufschwebenden Jetteln nach-liefen, dazu verleitet, junge gepflanzte Massenflächen zu betreten, die dabei zertrampelt wurden.

Nach diesem Zwischenfall kamen dann erst die Genossinnen und Genossen aus dem zweiten Kreise heran, die sich etwas ver-spätet hatten. Waren sie früher erschienen, hätten sie mehr Be-wunderer ihres Aufzuges gefunden, denn die mitgeführten zahl-reichen roten Fahnen und auch die gut aufgemachten Transparente mit den Sinsprüchen wirkten äußerst gefällig.

Die Redner gelangen allmählich am Schluß ihrer Aus-sführungen an. Ein Sängerkhor löst nach ein Lied erschallen und dann folgt die Abstimmung über das Manifest. Beinahe tausende Hände reden sich empor zum Himmel, als dem sich bereits wieder dunkle Wolken geballt, nachdem am frühen Morgen versöhnungs-volle Klarheit herrschte. Und trat ein Vergleich mit dem politischen Himmel seit den Novembertagen vor die Seele. Auch hier er-doffen wie noch einen hellen und warmen Maidtag.

### Maifeier in Neutölln.

Die Neutöllner Genossen begingen den 1. Mai mit einem Fest-zug, an dem sich beinahe tausende aus der Neutöllner Arbeiterschaft beteiligten. Der Zug setzte sich von der Schillerpromenade aus in Bewegung und ging durch die Hauptstraßen nach dem Herberg-platz. An der Spitze ein Reiter in der Tracht der Bauernkriege, dann die Musik der Freien Turnerschaft. Es folgten einige Tausend Kinder, die Freie Turnerschaft, die Neutöllner Liedertafel, inmitten bewegte sich ein Festzug, darauf die Freiheitsgöttin, dem Industrie- und Landproletariat den Weg weisend. Pflanzengrün und geschmückte Kinder sollten den Frühling veranschaulichen. Dann kam die Freie Jugend, der sich die vielen, vielen Tausende unserer Genossen, Genossinnen und Anhänger anschlossen. In stattlicher Zahl waren auch die Straßener Arbeiter. Viele rote Fahnen und Plakate mit Inskriften belebten das ganze.

Auf dem Herbergplatz formierten sich die Teilnehmer zu einer Versammlung, in welcher Genosse Lampe, R. S. P. D. sprach. Er feierte den 1. Mai als Tag der Völkerverbrüderung und forderte die Arbeiterklasse auf, sich anzumenszuschließen, um endlich den Sozialismus zum Siege zu führen. Für das Manifest redeten sich viele tausende Hände in die Höhe. Mit einem Hoch auf die in-ternationale Weltrevolution wurde die imposante Versammlung ge-schlossen. Gesangsbeiträge leitete die Feier ein und beendete sie. Nach dem Hoch intonierte die Musik die Marschlied, und unter ihren Klängen löste sich die Versammlung auf.

Die Feier brachte auch in Neutölln den Beweis, daß die große Masse der arbeitenden Bevölkerung treu hinter der U. S. P. D. steht und keine Lust mehr hat, sich für den Scheitern des Sozialismus einzusetzen zu lassen.

### Protestversammlung der Kommunisten.

Die Kommunisten Berlins versammelten sich u. a. auch in den Prachtstücken des Chams in einer Stärke von etwa 1000 Per-sonen, darunter sehr viele Frauen. Der Versammlungsleiter

teilte mit, daß es möglich sei, in Berlin selbst ein zweites Stütz-punkt zu schaffen, da die Litzier unter sich verabschiedet hätten, die Arbeitervereinigungen in Verlebung zu besuchen. Aus diesem Grunde werde kein hervortretender Führer der Kommunisten bei Parteiferat halten. Die geistigen Führer der kommunistischen Be-wegung müßten für andere Zwecke erhalten bleiben. Die Partei hielt hierauf ein Arbeiter Spiegelberg. Er protestierte gegen die geistlichen einen Anzweiflung. Der erste Mai sei eine Kampf-anfrage gegen den Kapitalismus. Daß die Nationalversammlung mit ihrer bürgerlichen Mehrheit den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag erklärt habe, sei eine Verhöhnung der revolutionären Arbeit-erschaft.

Der Vortragende brachte dann eine Entschließung zur Ver-lesung, die einstimmige Annahme fand und in der gefordert wurde: Befreiung aller politischen Gefangenen, Aufhebung des Belagerungszustandes, Einführung der Presse- und Versammlungs-freiheit, Auflösung der Freiwilligenregimenter, Entwaffnung der Bürger, Offiziere und Studenten, Bewaffung der Arbeiterschaft.

### Die Maifeier der Rechtssozialisten.

Eine Lokalcorrespondenz berichtet: „Die Rechtssozialisten hielten in Berlin auf hohen großen Plätzen Veranstaltungen ab. Sie waren zum großen Teil nicht so stark besucht, wie man es an dem ersten Revolutionsmaifeiert hätte erwarten können. Dabei war das Wetter den Veranstaltungen nicht einmal un-günstig. Der leichte Regenbauer, der gegen Mittag beruhte, vermochte die öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel nicht mehr zu beeinträchtigen. Der teilweise schwache Besuch muß also der völligen Verlebungseinleitung in erster Reihe zugeschrieben werden. Obwohl die Versammlungshöhe entsprechend den einzelnen Kreise mächtig genug ge-wesen, bedeutete es für viele, die sonst gewiß erschienen wären, ein zu großes Opfer, eine Stunde und länger zu den Sammelp-lätzen laufen zu müssen.“

### Das Straßenbild am 1. Mai.

Das Straßenbild Berlins wies im allgemeinen das Bild des Latenzustandes oder Festtags auf. Die Straßen lagen verdet. Da es keine Möglichkeit gab, mit der Bahn in die Umgebung Berlins zu gelangen, da die meisten Restaurants und Vergnügungshäuser geschlossen hatten, blieben die Familien in den Wohnungen. Selbst die Linden und der Tiergarten, die sonst bei schönem Wetter so belebt sind, lagen menschenleer da. Nur ganz wenig Trottschen hatten es osmagt, auf der Straße zu erscheinen, und die Trottschenautos bildeten geradezu ein Lebensnervenzentrum. Die Ertrag-Verkehrsmittel, die Arbeiter- und Arbeiterwohnen, die in den Straßlagen den Verkehr zwischen dem Zentrum und den Außenstädten vermitteln, liefen vollständig. In dieser allgemeinen Verlebungslage lag die Schließung der Restaurants und großen Geschäftshäuser nicht un-wesentlich bei. Resttafeln, die auf die Gastwirtschaften ange-wiesen sind, vermochten weder Mittag noch Abendbrot zu unter-nehmen und mußten versuchen, bei Bekannten oder Verwandten einzu-kommen.

Obwohl Unruhen kaum zu befürchten waren, durchstreiften doch Patrouillen zu Fuß und auf Kraftwagen die Straßen.

### Die Maifeier im Reich.

Potsdam. Nachmittags um 2 Uhr gewaltige Demonstration auf dem Augustusplatz; mindestens 100 000 Teilnehmer. Darauf ein unübersehbarer Zug durch die Stadt. Abends 10 glänzend besuchte Veranstaltungen.

Magdeburg. Die von der Unabhängigen Sozialdemokratie veranstaltete Streikendemonstration war außerordentlich umfang-reich. Sie übertraf bei weidem die der Rechtssozialisten. Den Höhepunkt hielt Genosse Brandes.

Weihenfeld. In unserer Straßenumgebung haben sich mehr als 10 000 Personen beteiligt.

Reg. 7000 Personen beteiligten sich an der Streikendemonstration.

Flauen i. B. Die Unabhängige Sozialdemokratie veran-staltete eine Massendemonstration von gewaltigem Umfang. Die Veranstaltung der Rechtssozialisten blieb ganz im Verborgenen, sie bestand in einem Kommerz.

Remscheid. Trotz Schneefalls nahmen an der Streikendemonstration zehntausende Personen teil. Die Rechtssozialisten brachten nur wenige Leute für ihre Veranstaltungen auf die Beine.

Düsseldorf. Die Demonstration auf den Straßen nahm einen ganz gewaltigen Umfang an. Die Zahl der Teilnehmer war riesig.

Görlitz. Mehrere zehntausend Personen beteiligten sich an der Streikendemonstration.

### „Preßfreiheit.“

#### Erneutes Verbot der „Republik“.

Das Erscheinen der „Republik“ ist auf Befehl Rodkes erneut verboten worden.

#### Verschlagnahme der „Tribüne“.

Der Herausgeber der „Tribüne“ teilt uns mit: Die letzte Nummer der „Tribüne“ ist gestern vom Kommando Dittkovich beschlagnahmt worden unter dem Vor-gabe, daß die „Tribüne“ verboten sei. Da wir von einem Verbot bis jetzt keine Mitteilung gemacht wurde, muß ich annehmen, daß es sich um einen Irrtum, oder, was wahrscheinlicher ist, um einen Uebergriff der Herren handelt. Die Abgeordneten des Kommando Dittkovich, ein Deput-nant mit mindestens 10 Mann, kletter bewaffnet mit Hand-granaten, erschienen mit 2 Postautos und luden die noch vorhandenen Exemplare auf.

### Belagerungszustand und Arbeitszwang in Oberschlesien.

Kattowich, 30. April.  
Der Staatskommissar für Oberschlesien hat im Einver-ständnis mit dem kommandierenden General des 6. Armee-korps zwei Verordnungen für das vom Belagerungszustand be-traffene Gebiet des Regierungsbezirks Cappel erlassen. Die erste verpflichtet alle männlichen Einwohner vom vollendeten 17. bis 45. Lebensjahre, auf Aufforderung der Kommandanten alle ihnen zur Aufrechterhaltung gemeinsamer Betriebe (Werk-stätte, Wasserwerke, Verkehrsanstalten, Gruben, Krankenhäuser u. a.) zugewiesenen Arbeiten bei Strafe von Gefängnis bis zu einem Jahre oder Geldbuße bis 1000 Mk. zu leisten. Die andere macht Druck und Verbreitung von Anschlägen, Gerüchten, Flugblättern, Handzetteln und ähnlichen nicht perio-disch erscheinenden Schriften und von neu erscheinenden perio-dischen Schriften von der Erlaubnis der Ortsbehörden abhängig.

Auf Grund der gestern veröffentlichten Verordnung der Oberschlesischen Staatskommissarats zum Arbeitszwang in Cappel sollen es nicht möglich sein, A. v. a. die Veran-lassung eines größeren Anzast Arbeiter zur Aufrechterhaltung der Betriebe in Cappel und Jaborge.

## Beginn der Friedensverhandlungen.

Aus Versailles wird mitgeteilt, daß Graf Brockhoff-Krasau von den Alliierten am Donnerstag ansetzender werden sei, sich im Hotel Diana einzufinden. Nachmittags um 3 Uhr hat die erste Zusammenkunft des Rates der deutschen Delegation mit den Vertretern der Alliierten stattgefunden. Die Herren stellten sich gegenseitig vor; der amtliche Bericht teilt mit, daß dabei korrekte Formen innegehalten worden seien. Dann wurden die Vollmachten ausgetauscht. Die Delegierten der Vereinigten Staaten sind Präsident Wilson, Lansing, White, Senie, General Bliss; England hat Lloyd George, Balfour, Bonar Law, Barnes und Milner entsandt; Frankreich durch Clemenceau, Pichon, Aob, Gardien, Jules Cambon vertreten; aus Australien ist Hughes da; aus Südamerika Bolivia und Emuts; aus Belgien Damsman und Vandervelde; aus Griechenland Venizelos; aus Rumänien Brancovanu; aus Serbien Pašičić. Es sind außerdem eine Anzahl anderer und kleinerer Staaten vertreten, die sich der Teilnahme im Laufe des Abends anschließen hatten, so u. a. Brasilien, China und einige mittelamerikanische Länder.

## Die Zwangsregierung in Braunschweig.

General Maerker hat heute bekanntlich nach seinem Einzug in Braunschweig dekretiert: Die Regierung lege ich ab, eine neue Regierung, entsprechend der Zusammensetzung der Landesversammlung, lege ich ein.

An der Landesversammlung bilden die beiden sozialistischen Parteien die Majorität. Das war aber nicht nach dem Sinne des Generals, der eine Koalitionsregierung mit Vertretung der bürgerlichen Parteien haben wollte. Die sozialistischen Parteien lehnten diese Zusammensetzung zunächst selbstverständlich ab. Aber unter dem Druck der Majorität fanden die bürgerlichen den Mut zur Obstruktion; sie machten den Landtag beschlußunfähig. Nun meldet ein Telegramm vom 30. April aus Braunschweig:

Braunschweig, 30. April.

Am heutigen Sitzung der Landesversammlung, zu der auch die bürgerlichen Parteien wieder erschienen waren, wurde auf Grund eines mehrheitlich sozialistischen Beschlusses eine neue fünfparteilige Regierung gebildet, und zwar wurden gemäß der Mehrheitssozialisten Dr. Heiser und Steinbecker mit je 20 Stimmen, die Unabhängigen Gerde mit 20 und Junke mit 20 Stimmen, sowie Finanzpräsident Barck mit 51 Stimmen.

Herr Barck ist ein Bürgerlicher. Die Politik der Minorität hat also zunächst Erfolg gehabt. Der Vorzug ist außerordentlich charakteristisch. Das Mehrheitsprinzip ist nicht, solange es eine der sozialistischen Parteien wirkt; es wird außer Kraft gesetzt, sobald es gegen die Bürgerlichen wirken wird. Das geschieht unter der Hand der Reichsregierung und ihrer bewaffneten Macht in demselben Augenblicke, wo jede Verletzung des Mehrheitsprinzips durch die Reichsregierung mit Maschinengewehren und Kanonen aerächt wird. Es ist dieselbe Methode, mit der die Regierung die „Freiheit“ wagt. Demokratie ist ihr bereits zum Vornamen, die Verbinderung der Machtverteilung durch das Proletariat aber zum wahren Inhalt ihrer Politik geworden.

## Wer regiert?

Das Generalkommando Rüttwig sendet uns folgende Zuschrift:

Die Note „Wer regiert“ will den Eindruck erwecken, als sei vom Kommando Rüttwig die Weitergabe der vom Herrn Reichswehrminister verhängten Preisgabe der „Republik“ hintangehalten worden. Diese Behauptung ist haltlos.

Die auf Grund der am Nachmittag stattgefundenen Verhandlungen getroffene Verfügung des Herrn Reichswehrministers erstreckte sich auf die Preisgabe der „Republik“ um 6 Uhr abends; die entsprechende Mitteilung an das Kommando Rüttwig wurde daraufhin am 27. April um 14 Stunden später dem Präsidium zugefandt.

Diese Zuschrift geht an der Tatsache vorbei, daß der Kommando Rüttwig die Verbreitung der Nachricht von der Aufhebung des Verbots vom Reichswehrministerium verboten wurde. Solange die Ursache hierfür nicht aufklärt ist, kann die Vermutung nicht abgewiesen werden, daß gewisse militärische Kreise mit der Aufhebung des Verbots nicht einverstanden waren.

## Verammungs-„Freiheit“ in Weimar.

Wie in vielen anderen Städten, so wollte auch in Weimar Herr Genosse Beerfeldt einen Vortrag halten. Wie man das unendlich mochte, schildert er in einer Eingabe an den Reichsminister des Innern Dr. Preuß, die folgenden Wortlaut hat:

Am 27. d. Mts. war in Weimar eine öffentliche Versammlung der U. S. V. D. für einen Vortrag von mir mit dem Thema: „Die Schuld am Kriege“, einberufen worden. Der Vortrag, der vorschrittmäßig angemeldet war, wurden keine Schwierigkeiten bereitet. Als ich aber am Morgen des 27. mit meinem Mitarbeiter Eißelart bei der Fremdenstelle in Weimar für meine Teilnahme für diesen Vortrag erbat, wurde sie unter Berufung auf eine angebliche Entscheidung des Ministeriums des Innern mit der Begründung abgelehnt, daß durch die Vorträge die Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit zu gefährdet sei.

Ich kann diesen geradezu irrsinnigen Bescheid nicht als zu Recht bestehend anerkennen und bitte um umgehende Anweisung an die Fremdenstelle in Weimar, die Einreiseerlaubnis für unsere Versammlung zu erteilen. In über 30 Städten haben wir in den letzten Wochen gesprochen und nirgends die öffentliche Ruhe und Sicherheit durch uns im geringsten gefährdet. Im Gegenteil! Wo wir beide überall für ihre Aufrechterhaltung eingetreten, überall wohl in einem etwas anderen Sinne, als es der Reichsregierung beliebt, in ihrer systematischen Unterdrückung der politischen Wahrheit des Verbrechens der ehemaligen deutschen Regierung am Weltkrieg, unterstützt durch ihre heutigen Vertreter und die Nationalversammlung, die Hauptschuld daran trägt, also das deutsche Volk die wahre Sachlage noch immer nicht erkennen kann und infolgedessen von unseren bisherigen Regierungen als ein unbeherrschbares, verlogenes Bedienstet mit Recht angesehen und behandelt werden muß.

Wird ich widerstandslos ein neues, besseres Deutschland schaffen, das nur aus freiwilligen Verkennern der Wahrheit bestehen werden kann, beanspruche ich das immer auf infamem Wege unerbittliche Recht, für die Aufklärung der Wahrheit und die Befreiung meines Vaterlandes von der händischen Knechtschaft der Lüge einzutreten. Wer mich u. d. andere daran weiter

zu hindern wagt, wäre ein kleiner Korrump und Lump, zugleich und mißglücklich an all dem Elend, das unserm mahllos beiragtem Volke aus fernem Kriege dadurch erwachsen mußte, daß man es die Folgen an dem furchtbaren Verbrechen der Menschheitsgeschichte ungeführt trauen läßt, weil man selbst die Wahrheit fürchtet.

## Internationale Transportarbeiterkonferenz.

Amsterdam, 30. April.

Auf der hier tagenden Internationalen Transportarbeiterkonferenz richtete der deutsche Delegierte Jochade im Namen der deutschen Delegation das Ersuchen an die englische Delegation, bei ihrer Regierung darauf zu dringen, daß die deutschen Kriegsgefangenen so schnell wie möglich in ihre Heimat zurückgebracht werden.

Der englische Delegierte Bosling erklärte, die deutschen Kriegsgefangenen in England brauchen jetzt keine Zwangsarbeiten mehr zu verrichten, und dem Drängen der englischen Arbeiterpartei würde es zu danken sein, wenn die deutschen Kriegsgefangenen in einigen Wochen nach ihrer Heimat zurückkehren können. Die englische Arbeiterpartei habe mehrmals energisch darauf gedrungen, daß die Deutschland auferlegten Bedingungen nicht zu streng seien. Ein anderer englischer Delegierter, Robert Williams, erklärte, die Konferenz sei zusammengekommen, um aufzuklären. Was vergangen sei, solle nicht mehr aufgeführt werden. Alle müßten an dem Aufbau einer neuen Welt mitarbeiten. Er besahe eine Entschleunigung ein, in der die Wiedererrichtung des internationalen Transportarbeiterbundes gefördert wird. Dies ist die erste Entschleunigung einer Gewerkschaft, die internationalen Gewerkschaftsverhandlungen wiederherzustellen.

Amsterdam, 1. Mai.

Die Internationale Transportarbeiterkonferenz hielt gestern ihre Schlußsitzung ab. Der Antrag, Anfang Oktober dieses Jahres in einer der Hauptstädte Europas, z. B. Amsterdam, einen Kongress abzuhalten, wurde einstimmig angenommen.

## Aus der Parteipresse.

Die soeben erschienene Nr. 17 des „Sozialist“ enthält folgende Artikel: „Annoyance oder Ablehnung“ von A. Weißfeld; „Der deutsche Staatsstreich in Lettland“ von H. Kainig; „Das Lohnsystem in seiner Bedeutung für den Sozialismus“ von E. S. von Kähmann; „Einige Bemerkungen zum Bankbeamtenstreik“ von G. Weig; „Aus der Internationalen“.

## Gewerkschaftliches.

### Lohnbewegung in der Damenwäschefabrik.

Eine gutbesuchte Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Damenwäschefabrik beschäftigte sich am Montagabend mit der Schaffung eines Lohnsystems, der für diese Branche erstmalig aufgeschaffen werden soll. Kollege Salensky gab nach einleitenden Worten einen von dem Verband der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands ausgearbeiteten Vertragsentwurf bekannt. Dieser wurde in der Diskussion im allgemeinen gutgeheißen, nur wurden einige Abänderungen vorgenommen. Der so abgeänderte Entwurf sieht folgende Regelung der Löhne vor: Schaffung von Grundlöhnen mit 50 Prozent Leuzungszuschlag, und zwar soll betragen der Wochenlohn inkl. 50 Prozent Leuzungszuschlag für Zuschneider 127,50 Mk., für Zuschneiderinnen 60 Mk., für solche in leitender Stellung (Direktoren ujm.) 75 Mk., für Wäschecunüberinnen, Maschinenführerinnen und Plätterinnen 60 Mk., für Kupferführerinnen 60 Mk., für Vegetarierinnen, Einrichtnerinnen und Kocherinnen 60 Mk., für Buchhalterinnen 60 Mk., für Zuschneiderinnen 60 Mk. Wo höhere Löhne bereits gezahlt werden, soll ein Aufschlag von 15 Prozent eintreten, für die Arbeiter und Arbeiterinnen, die von dem Lohn nicht erfaßt werden, ist eine 30prozentige Erhöhung vorgeschlagen. Ferien werden gefordert bei 14jähriger Arbeitsleistung 3 Tage, bei einem Jahre: 2 Tage, bei 2 Jahren: 3 Tage, bei 3 Jahren: 4 Tage, bei über 3 Jahren: 5 Wochen, ebenso Bezahlung der Feiertage. Der Arbeitsnachweis soll paritätisch ausgebaut werden.

Weiter enthält der Vertragsentwurf Bestimmungen über die Mitwirkung des Arbeiterausschusses bei Entlassungen und Beförderung der Arbeiter bei Arbeitsmangel, ebenso über Nachregelung, des Arbeitszeit gilt die 40stündige. Der Tarif soll rückwirkend vom 1. Februar d. J. gelten und schrittweise Geltungsbauer haben.

Der Entwurf wurde einstimmig angenommen und die Branchenleitung beauftragt, ihn den Unternehmern vorzulegen.

Eine Branchenversammlung der Drahtarbeiter beschäftigte sich am Montagabend mit der Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Drahtbranche. Während der Sitzung über die Verhandlungen mit den Unternehmern, um sie zum Beitritt zum Kollektivarbeitsvertrag der Metallindustrie zu bewegen. Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Unternehmern lehnen ab, sich dem Vertrag anzuschließen, weil sie bei der Ausarbeitung nicht zugezogen worden sind. Nur die Firma Bern und Rubenwig zeigte Geneigtheit zu verhandeln. Die Firma Heinge, Heig, dagegen verhielt sich am schroffsten ablehnend. Die Groß-Berliner Drahtindustriellen haben sich inzwischen zu einem Verband zusammengeschlossen und wollen einzeln nicht mehr verhandeln. Es soll nun ein Vertragsentwurf ausgearbeitet und dem neuorganisierten Verband vorgelegt werden. Eine Kommission erhielt den Auftrag zur näheren Ausarbeitung. Am Freitag soll dann die Entscheidung darüber getroffen werden, damit schnellstens ein Abschluß möglich ist. Die Versammelten bekundeten ihre leiste Entschlossenheit, ihre Forderungen, rückwirkend ab 1. April, durchzusetzen, eventl. alle verfügbaren Kampfmittel anzuwenden. Nach Erledigung dieses Punktes stellte der bisherige Branchenleiter A. Kusch seinen Posten zur Verfügung, weil er glaubte, als Reichssozialist der herrschenden Strömung auf Radikalisierung Rechnung tragen zu sollen. Er blieb aber auf Jurden unter einstimmiger Zustimmung auf seinem Posten. Ein Antrag, mit den wichtigen Gewerkschaften nicht mehr zusammenzuarbeiten, wurde wegen geringen Stimmen angenommen.

Versammlung der Berufsfeuerwehren Groß-Berlins. Die Arbeitergemeinschaft der Berufsfeuerwehren von Groß-Berlin hatte zu Mittwoch vormittag eine Versammlung in die Sophienstraße einberufen, um zu der Schlichtungsfrage der Feuerwehreneule Stellung zu nehmen. Kamerad Müller, Vertreter der Groß-Berliner Berufswehren, schilderte die abnehmende Lage der Feuerwehreneule vor dem Kriege, bis im Kriege geradezu katastrophal wurde. Die gewöhnlichen Leuzungszulagen waren ganz erheblich gegenüber der veränderten wirtschaftlichen Lage. Die Kameraden waren zur Verhandlung gekommen, um die Erhöhung der Familie zu erhalten. Es beschloß sich ein Wochenlohn von 80 Mk., das ist bei 34 Arbeitstagen in der Woche noch nicht eine Mark die Stunde. Alle Arbeiter und Beamten haben seit der Revolution den achttägigen Arbeitstag, nur die Berufswehreneule haben noch die 36stündige Dienstzeit.

Wir verlangen ein Anfangsgehalt pro Jahr von 4800 Mark ein Höchstgehalt von 6000 Mark, für die Berufswehren steigend bis zu 8000 Mark, für jedes Kind eine monatliche Zulage von 50 Mark, außerdem eine einmalige Leuzungszulage, die von den einzelnen Wehren verschieden gestellt wird, für Berlin 1000 Mark betragen soll. Der Referent unterbreitet der Versammlung eine Resolution die in der Hauptsache folgendes besagt: Die Groß-Berliner Berufswehreneule stehen durch die Leuzung und der damit nicht im Einklang stehenden Löhne vor dem wirtschaftlichen Ruin. Die Hoffnungen auf die neue Regierung, auf Abbau der Lebensmittelpreise und dergl. sind getäuscht. Nebenarbeit anzunehmen, lehnen wir bei der herrschenden Arbeitslosigkeit ab.

In der Diskussion wurden auch nachdrücklichste die Ausführungen des Referenten unterstützt. Es wurde allgemein gewünscht, der Resolution eine einschließliche Fassung zu geben. Nachdem auch noch Dittmer vom Verband der Staats- und Gemeinbediensteten in die Debatte eingegriffen hatte, wurde die oben skizzierte Resolution mit folgendem entscheidenden Nachsatz einstimmig angenommen: Die Mitglieder von Groß-Berlin werden aufgefordert, an die Beamten der Berufswehren von Groß-Berlin die von ihnen geforderte einmalige Leuzungszulage auszugeben und sofort eine Regelung der Gehälter in der beantragten Höhe vorzunehmen. Die Versammlung erwartet, daß die berechtigten Forderungen alsbald bewilligt werden. Der Vorstand der Arbeitergemeinschaft Groß-Berlin wird beauftragt, innerhalb zwei Wochen Bericht zu erstatten, um evtl. erneut dazu Stellung zu nehmen.

Zur Eingemeindungsfrage wird eine Reuenerkommission gewählt. Es wurde dann noch debattiert über einen evtl. Anschluß an den Staats- und Gemeinbedienstetenverband. Im allgemeinen war die Stimmung für den Anschluß. Beschlüsse wurden aber noch nicht gefaßt.

Zentralverein des Bildhauer Deutschlands. Am Sonnabend, den 3. Mai, abends 8 Uhr Vertrauensmännerversammlung der Bildhauer Berlin im Gewerkschaftshaus (Saal 10) mit der Tagesordnung: Die Situation der Lohnbewegung in der Holzindustrie. Wegen der Wichtigkeit muß jede Werkstätte vertreten sein. Die Branchenkommission.

Technische Angelegenheiten der Chirurgie-Mechanik mit Ausnahme der Werkmeister werden getrennt, umgehend ihre Adressen an den Bund der technisch-industriellen Beamten, Berlin NW. 52, Werthstraße 7, einzureichen. Es handelt sich um den Abschluß eines Tarifvertrages.

Generaldirektorium Spandau. Sonnabend mit 1 Uhr nach der Lohnzahlung: Sitzung der Vertrauensleute.

Staatsbetriebe Spandau. Die Obleute der Vertrauensleute der staatlichen Betriebe Spandau treffen sich am Sonnabend, dem mittags 10 Uhr, bei Mecklenburg, Berlin NW. 30, Ravenstr. 6. Der stellvert. Obmann der Obleute: O. Hartmann.

## Groß-Berlin.

### Kleine Anfragen.

Der Genosse Adolf Hoffmann hat an die preussische Regierung folgende kleine Anfrage gerichtet:

„Die Bevölkerung Groß-Berlins leidet unter der kommunalen Zersplitterung. Seit November 1918 ist häufig die Nachricht ausgegangen, daß die Regierung dem kommunalen Wirtwart durch großzügige Zusammenfassung aller Groß-Berliner Gemeinden ein Ende machen wolle.“

Wie weit sind die Vorbereitungen der Regierung gediehen?

Welche Maßnahmen gedenkt sie zu ergreifen, um schnelligst die kommunale Zersplitterung Groß-Berlins zu beseitigen?“

### Kommunale Arbeiterräte.

Die Landgemeinden des Kreises Niederbarnim, welche die neuen Ausweisarten für die Volkszählung nicht direkt vom Volksgesetz zugestellt bekommen, erhalten ihre neuen Ausweise gegen Abgabe der alten Ausweisarten am Sonnabend, den 5. Mai, vormittags 10 Uhr, am Saaleingang vor Beginn der Versammlung durch den Sekretär der Zentralstelle umgetauscht.

Der neu zusammengesetzte Reichsrat Arbeitererrat hielt am Sonnabend, den 3. d. M., seine erste öffentliche Sitzung ab. Auf Grund einer Vereinbarung zwischen den beiden sozialistischen Parteien sollte die Besetzung bis zur Herausgabe eines Wahlreglements durch den Zentralrat paritätisch erfolgen. Im letzten Moment sagten jedoch die Mehrheitssozialisten, entsprechend ihrem gewöhnlichen Vorgehen, wieder ab. Es wurde nun beschloffen, die Arbeiten auf Grund der Besetzung zwischen Kommunisten und Unabhängigen weiterzuführen und den Mehrheitssozialisten die ihnen zustehende Sitze im Plenum und im Volksgesetzrat freizulassen. In den Volksgesetzrat wurden gewählt von der U. S. V.: Amin, Mantel, Ederl, Frau Werner, Porath, Rudra, Bened, Neumann, Klein und Fischer; von der A. P. D.: Heile, Geiseler, Karbott, Reumacher, Elisabeth Otto, Auguste Reihardt, Nibel, Schma, Schneider und Steinbrink. Nach einem Bericht über die bisherige Tätigkeit des Reichsrates wurden neben anderen noch folgende zwei Dringlichkeitsanträge einstimmig angenommen, von denen der erste die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes von der Regierung fordert, falls dem nicht stattgegeben wird, der Groß-Berliner Volksgesetzrat aufgeschoben wird, in der Volksversammlung einen Antrag einzubringen, der dahin geht, den Belagerungszustand durch den Reichstag als aufgehoben zu betrachten, und der zweite die sofortige Freilassung der aus politischen Gründen Inhaftierten fordert.

Das Verbot der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe ist nunmehr in Kraft getreten. Die Stellenvermittlung dieses Verordnungs erlolet in Zukunft nur noch durch die Gastwirtschaftsleitung des städtischen Arbeitsnachweises, Rägerstr. 11.

Ein eigenes Ortsblatt haben die beiden sozialistischen Fraktionen in der Gemeinde Hasenthal gegründet. Zweck soll sein, den Kreisbüchern und Generalanzeigen der Postzeit entgegenzuarbeiten.

Es ist uns unklar, was aus einer solchen Gründung herauskommen soll.

Die Kohlenwerke Groß-Berlin teilt mit, daß Riffer 3 der Allgemeinen Anordnung über Sammelheizung- und Warmwasserversorgungsanlagen vom 24. April 1918, wonach der Betrieb der Zentralheizungsanlagen vom 1. Mai ab zu unterbleiben hat, bis auf weiteres aufgehoben wird.

Sanctus. Da vom Mai ab die Justiz der „Freiheit“ durch Botenboten erfolgt, werden die Verkündungen für unser Blatt in Sanctus und Lichterfelde-Df bei Schimmer, Frobenstr. 48, entgegenzunehmen.

Stanten. Am Sonnabend, den 3. Mai, von vormittags 10 Uhr ab, werden auf dem hiesigen Güterbahnhof auf Abfahrt 3 der Kohlenarten und zwar an die Einwohner des Segelfelder Weges, Arminius Weg, Kirchplatz, Harrow; ferner von 8 Uhr ab in der Giesbühler-De W. Schmidt, Rägerstr. 11, an die Einwohner des mittleren Dorfes Kohlen auf Abfahrt 3 der Kohlenarten abgegeben.

